

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN
Baden-Württemberg

BERICHT

27. Juli 2017

Juristischer Süddialog in Stuttgart

Gemeinsame Landesvorstandsklausur des AKJ der CSU und des LACDJ der CDU BW

Am Freitag, dem 21. Juli 2017, versammelten sich über 40 Juristinnen und Juristen des Arbeitskreises Juristen der CSU (AKJ) und des Landesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen Baden-Württemberg zum traditionellen Juristischen Süddialog im Sitzungssaal des Ministeriums der Justiz und für Europa in Stuttgart.

In seiner Begrüßung betonte der Vorsitzende des LACDJ, Dr. Alexander Ganter, die lange vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden Arbeitskreise, die sich zuletzt vor zwei Jahren in Augsburg getroffen hatten. „Mit der politischen Einstellung unserer Mitglieder hätten wir keine Probleme, in der CSU aufgenommen zu werden“, so Ganter.



Auch Justizminister Guido Wolf MdL hob die Zusammenarbeit mit seinem bayerischen Amtskollegen Prof. Dr. Winfried Bausback MdL hervor. Die „B-Länder“, Bayern und Baden-Württemberg, hätten im Justizbereich fast identische Schnittmengen. Insbesondere im

Bereich der Sicherheit sei man sich einig, dass der Staat personell und sachlich besser ausgestattet werden müsse. „Wir dürfen nicht länger hinter den Tätern zurückbleiben“, so Wolf. Ihm sei es als erstem Justizminister in Baden-Württemberg gelungen, über 70 neue Stellen für die ordentliche Justiz zu schaffen. Und das Ende der Fahnenstange sei noch lange nicht erreicht. Derzeit werde allerdings die Verwaltungsgerichtsbarkeit von einer Prozesslawine durch Klagen der Flüchtlinge überrollt. Die Vollzugsanstalten seien im Bereich der Untersuchungshaft überfüllt. Auch hier spielten Ausländer eine erhebliche Rolle. Die enorme Belastung der Bediensteten sei nicht länger hinnehmbar. Schließlich wolle er die Bedeutung der Justiz als Dritte Gewalt wieder stärker in den Vordergrund rücken. In einer lebhaften Diskussion wurden zahlreiche justizpolitische Fragen erörtert, so auch das baden-württembergische Gesetz zur Neutralität bei Gerichten und Staatsanwaltschaften.

Zu dem Vortrag „Die Türken in Deutschland“ gingen die Teilnehmer anschließend in den nahe gelegenen Landtag. Prof. Dr. em. Bassam Tibi, ein Syrer aus Damaskus, der seit 55 Jahren in Deutschland lebt, stellte zu Beginn fest, dass zwei Drittel der Deutsch-Türken nicht integriert seien. Integration sei dann gelungen, wenn eine Person sich nicht mehr in dem Milieu fremd fühle, in dem sie lebt, so Tibi. Die Fremdheit könne nur durch Teilhabe an einer zivilgesellschaftlichen Identität des Gemeinwesens, in dem man lebe, überwunden werden. Dafür bedürfe es einer Leitkultur, um Neuankömmlingen Orientierung zu geben, ihnen zu helfen, die Welt zu verstehen, in der sie sich befinden. Gleichzeitig sollte die Leitkultur großzügig genug sein, um das Neue der Zugezogenen zu akzeptieren. Daran fehle es in Deutschland. Die Muslime lebten faktisch in ihren Parallelgesellschaften. Aufgrund der fehlenden Integration orientierten sich viele Türken an der Politik des Herkunftslandes und konsumierten türkische Medien. In der Türkei seien alle Bestrebungen, sich in einem modernen, säkularen Staat gegenüber dem Westen zu öffnen, ausgelöscht worden. Die AKP sei eine islamistische Partei, die die Türkei zu einem islamistischen Staat umfunktioniere. Deutschland müsse endlich erkennen, dass die Türken, die Erdogan gewählt haben, islamistisch orientiert seien. Auch die westliche Kultur in Deutschland sei akut gefährdet.



Der Tag endete schließlich mit einem gemeinsamen Abendessen. Am folgenden Tag besichtigte die Gruppe bei bester Fernsicht den Stuttgarter Fernsehturm - den ältesten Fernsehturm Deutschlands - und nahm an einer Stadtrundfahrt durch die Landeshauptstadt teil. Die Veranstaltung schloss mit einem gemeinsamen Mittagessen im Grünen. Der Austausch über die Landesgrenze hinweg brachte viele schöne persönliche Begegnungen. Der Arbeitskreis Juristen in der CSU bedankte sich abschließend für die hervorragende Organisation und Durchführung. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer freuen sich schon auf das nächste Treffen.



Noch am selben Wochenende verabschiedeten die Mitglieder des LACDJ eine Pressemitteilung, in der sie sich gegen eine weitere staatliche Finanzierung der Moscheevereine aussprachen. Die Politik müsse endlich dem von zahlreichen Moscheen ausgehenden antisemitischen, antiamerikanischen und antiwestlichen Gedankengut Einhalt gebieten.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.